

Europa-Asien-USA: Veränderungen im Verhältnis der Machtfaktoren zueinander

Umbach, Frank

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Umbach, F. (2003). Europa-Asien-USA: Veränderungen im Verhältnis der Machtfaktoren zueinander. *Trend*, 1, 40-44.
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-131699>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Europa-Asien-USA:



Veränderungen im Verhältnis der Machtfaktoren zueinander

Frank Umbach

Über mehr als 45 Jahre hat die einigende Bedrohungsperzeption gegenüber der Sowjetunion die transatlantischen Bindungen, das westliche Bündnis und die jeweilige Außen- sowie Sicherheitspolitik der USA und ihrer europäischen Alliierten maßgeblich geprägt und determiniert. Mit Wegfall dieser Bedrohung haben sich die Rah-

menbedingungen und Voraussetzungen für das transatlantische Verhältnis und die bilateralen Beziehungen zwischen beiden Seiten grundlegend gewandelt sowie zunehmend die weltweiten Machtkonstellationen verschoben. Während zwar nach wie vor von einer gemeinsamen Wertegemeinschaft auf beiden Seiten des Atlantiks ausgegangen werden kann, haben sich

doch bestimmte Prioritäten der Außen- und Sicherheitspolitik auf beiden Seiten verändert. Daraus folgt u. a. auch die Notwendigkeit einer dringenden Neudefinierung des transatlantischen Verhältnisses, wie dies an den Kontroversen um den Aufbau eines nationalen Raketenabwehrschirmes, der europäischen Absicht einer „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP), des Aufbaus einer „Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (ESVP) und vor allem im gegenwärtigen Irak-Konflikt erkennbar ist. Bisher berührte diese Neudefinierung der transatlantischen Beziehungen – wie auch die Bündnispolitik gegenüber Jugoslawien und der Kosovo-Krise – ausschließlich europäische Fragen. So stand Europa trotz mehrerer ernsthafter Krisen in Asien (Nordkorea 1993/94; Taiwankrise 1995/96; Asienkrise 1997-99; indische und pakistanische Nuklear- sowie Raketentests 1998) in den 90er Jahren noch weitgehend im Mittelpunkt der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik.

Hintergründe

Durch die wirtschaftliche Dynamik und die atemberaubenden Fortschritte bei High-Tech-Technologien in den ostasiatischen Staaten sowie deren Auswirkungen auf die regionale und sogar globale Machtbalance ist die asiatisch-pazifische Region in den letzten Jahren nicht nur in den USA, sondern auch in Europa zunehmend stärker in das Blickfeld von Öffentlichkeit und Politik gerückt. Mit 3,3 Milliarden Menschen (56 Prozent der Weltbevölkerung) und 25 Prozent des globalen BIP ist Asien auch für die EU zu einem strategischen Zukunftsmarkt geworden, der große Wachstumspotentiale verspricht. Gegenwärtig gehen etwa 21 Prozent aller EU-Exporte nach Asien, während 26,4 Prozent des EU-Außenhan-

Zum Thema

Das Verhältnis der Machtfaktoren Europa-USA-Asien zueinander unterliegt dramatischen Veränderungen. Die Globalisierung der Weltwirtschaft und die internationale Verflechtung von Politik und Wirtschaft über die Grenzen der Weltregionen hinweg verlangen verstärkte Aufmerksamkeit auf die neuen Möglichkeiten, aber auch Risiken in der asiatisch-pazifischen Region. -ela-

... dels mit dieser Region große Perspektiven für zukünftige Joint Ventures versprechen.

Die Globalisierung der Weltwirtschaft und die internationale Verflechtung von Politik sowie Wirtschaft zwischen den einzelnen Weltregionen haben so eine verstärkte Aufmerksamkeit auf die Möglichkeiten, aber zugleich auch die Risiken in der asiatisch-pazifischen Region nach sich gezogen. Nicht wenige Beobachter der internationalen Politik haben so in den 90er Jahren den scheinbar unaufhaltbaren Aufstieg Asiens zur weltpolitisch dominanten Region prognostiziert, in deren Folge sich das zukünftige globale Gravitationsfeld aus dem atlantischen in den pazifischen Raum verlagern werde. Danach würde China zwischen 2010 und 2030 zur größten Wirtschaftsmacht aufsteigen und sogar die USA überholen.

Doch derartige Prognosen sind von der internen und äußeren Stabilität der asiatisch-pazifischen Staaten abhängig, wie nicht zuletzt die im Juli 1997 einsetzende Wirtschafts- und Finanzkrise in Ostasien eindrucksvoll demonstriert hat. Die wirtschaftliche Prosperität der vergangenen Jahre in China und den ASEAN-Staaten kann daher nicht ohne weiteres linear in die Zukunft fortgeschrieben werden. Allerdings hat die Asienkrise zu einem besseren Realitätsverständnis auf westlicher Seite geführt und in diesem Kontext die regionalen Defizite an demokratisch-rechtsstaatlicher Staatsordnungen, marktwirtschaftlicher Orientierung, „Good Governance“ und Institutionalisierungen offengelegt und damit zugleich den enormen Reformbedarf für das nächste Jahrzehnt aufgezeigt. Zudem dürfen in diesem Zusammenhang auch nicht die ungelösten politischen Probleme zwischen den Regionalstaaten – Grenz- und Territorialstreitigkeiten, die massive militärische Aufrüstung in der gesamten Region, einschließlich der Proliferation von Massenvernichtungswaffen und bilaterale politische Konflikte (insbesondere zwischen Japan und China sowie China und Indien) – übersehen werden, die jederzeit zu Eskalationen von Konflikten geringerer Intensität führen können.

Ungeachtet der ungelösten außen- und sicherheitspolitischen Konfliktlagen in der asiatisch-pazifischen Region haben sich im vergangenen Jahrzehnt dennoch

Europa und Asien aufeinander zu bewegt und diskutieren nun nicht länger nur über die Stärkung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen. Vielmehr ist auch ein institutionalisierter interregionaler Dialog im Rahmen der Asia-Europe-Meetings (ASEM-Prozess) seit 1996 entstanden, durch den sich die EU auch bei den Diskussionen einer zukünftigen Sicherheitsarchitektur in der asiatisch-pazifischen Region aktiv beteiligt. Dieser neue regionale Prozess in der asiatisch-pazifischen Region ist dabei nicht länger allein von einem traditionellen Bilateralismus und der Ausrichtung auf die USA geprägt, sondern sucht auch nach eigenen originären Wegen.

Dabei sind aus asiatischer Sicht die Erfahrungen Europas zu Möglichkeiten und Grenzen „Vertrauens- und sicherheitsbildender Maßnahmen“ (VSBM/CSBM) der KSZE/OSZE ebenso von Bedeutung, wie jene multilateraler Sicherheitsdiskussionen oder die Ansätze einer Konfliktprävention in Europa. Vor diesem Hintergrund sind bereits 1993/94 sowohl auf Regierungsebene mit dem ASEAN Regional Forum (ARF) als auch auf informeller Ebene (unter Beteiligung von akademischen Experten und Diplomaten sowie Offizieren in „privater Eigenschaft“) mit dem Council for Security Cooperation in Asia-Pacific (CSCAP) als „Track Two“ zwei multilaterale Sicherheitsforen für Dialogprozesse geschaffen worden, in denen offiziell die EU und europäische Sicherheitsexperten (darunter der Autor dieses Beitrages) involviert sind. Damit ist die EU – von der deutschen und europäischen Öffentlichkeit noch weitgehend übersehen – direkt in das sicherheitspolitische Beziehungsgeflecht involviert, auch wenn daraus gegenwärtig keine automatischen militärischen Beistandsverpflichtungen resultieren. Doch ist das Bewusstsein in Europa gewachsen, dass im Falle eines größeren militärischen Konflikts in Ostasien (koreanische Halbinsel, Taiwanstraße oder Südchinesisches Meer) auch wirtschaftliche und politische Auswirkungen in Europa zu spüren wären. Dies gilt umso mehr, als nicht nur die ASEM-Beziehungen stetig ausgebaut werden, sondern sich auch die amerikanische Außen- und Sicherheitspolitik zunehmend in Richtung Asien orientiert und dies zahlreiche Rückwirkungen für Europa hat.

USA und Asien: Neuordnung der außen- und sicherheitspolitischen Prioritätensetzungen unter der neuen Bush-Administration

Bereits in der zweiten Clinton-Ära war eine verstärkte Schwerpunktverlagerung der außen- und sicherheitspolitischen Ausrichtung der USA auf Asien in der zweiten Hälfte der 90er Jahre unverkennbar. Die traditionelle Europa-Orientierung amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik begann sich bereits in jenen Jahren allmählich zu wandeln. Diese strategischen Trends verstärkten sich mit Antritt der neuen Bush-Administration seit Anfang des Jahres 2001. Schon kurz nach ihrer Konstituierung ließen verschiedene Äußerungen führender Mitglieder der Bush-Administration erkennen, dass die USA ihr zukünftiges strategisches Hauptaugenmerk auf Asien und insbesondere China richten werden.

Der langfristige „strategische Konkurrent“ China (so die Bush-Administration) schien in der Perzeption nicht weniger Beobachter bereits den früheren Platz der UdSSR als potentieller Bedrohungsfaktor weltweiter US-Interessen einzunehmen und sich dann bereits in der Luftkollision eines amerikanischen Aufklärungsflugzeuges vom Typ EP-3 mit einem chinesischen Jagdflugzeug am 1. April 2001 im Südchinesischen Meer zu manifestieren.



Frank Umbach,
Leiter Arbeitsstelle Asien-Pazifik
Forschungsinstitut der DGAP, Berlin



Die Globalisierung der Wirtschaft hat eine verstärkte Aufmerksamkeit auf die Möglichkeiten ...

... Diese Neuausrichtung der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber Asien spiegelte sich auch in den innenpolitischen Debatten wider. So bestätigte auch der ehemalige Deputy Assistant Secretary of Defense, Kurt W. Campbell, der von 1995 bis 2000 insbesondere für asiatische Sicherheitsfragen zuständig war, in einem Artikel im Januar 2001: „The millennial campaign and subsequent transition period in my view will come to be seen as an epochal transition point in American attentions, away somewhat from European pursuits and more toward Asia. The possibility of a ‘transition to Asia’ in future foreign-policy preoccupations received scant attention in the actual presidential campaign and the three debates and even less consideration during the transition period.“

Dieser Trend lässt sich zudem in den neuen militärischen Planungen des Pentagon wiederfinden. Die Ende September 2001 verabschiedete „Quadrennial Defense Review“, die das wichtigste Planungsdokument für die amerikanische Verteidigungspolitik der nächsten Jahre ist, und deren Bedeutung in Europa angesichts der Terroranschläge in New York und Washington weitgehend übersehen wurde, geht von der grundlegenden Prämisse aus, dass der Pazifische Ozean der wahrscheinlichste Kriegsschauplatz zukünftiger militärischer Operationen der USA sei, zumal Chinas Machtpotentiale stetig zunehmen und jene Russlands eher schwinden. Die bisher bekannt gewordenen Planungsdokumente der Überprüfung der bisherigen amerikanischen Verteidigungspolitik haben diese Neuorien-

tierungen verstärkt. So hat die Bush-Administration die bilateralen Bündnisbeziehungen zu Japan, Südkorea, den Philippinen sowie Thailand inzwischen gestärkt und auch die Militärexporte nach sowie verteidigungspolitischen Beziehungen zu Taiwan ausgeweitet und intensiviert.

Diese strategischen Neuorientierungen in der neuen „ABC“-Außen- und Sicherheitspolitik der Bush-Administration („ABC“ = „Anything But Clinton“) sind in der amerikanischen Erwartung begründet, dass Europa weitgehend selbst die politische Stabilität garantieren kann und dass die zukünftigen gewaltsamen Konflikte vor allem in Asien zu erwarten sind – jener Region, in der die militärische Aufrüstung und die Proliferation von Massenvernichtungswaffen heute am größten sind. Die Terroranschläge vom 11. September 2001, die militärische Intervention in Afghanistan im Rahmen des globalen Kampfes gegen den internationalen Terrorismus sowie der gegenwärtige Irak-Konflikt haben diese Erwartungen nur bestätigt.

Damit folgt die amerikanische Verteidigungspolitik und ihre Fokussierung auf Asien den schon länger erkennbaren politischen und wirtschaftlichen Trends in der amerikanischen Außenpolitik. Zugleich verschärft sich die militärische Ohnmacht Europas gegenüber den USA, da die meisten der europäischen Alliierten nicht politisch willens sind, höhere Verteidigungsausgaben aufzuwenden. Inzwischen ist heute der US-Verteidigungshaushalt so groß wie jener der nächsten zwölf bis 15 Länder zusammen. Der Verteidigungshaushalt Londons wird verglichen mit jenem Washingtons alle 37 Tage, und jener Frankreichs wird alle 25 Tage in den USA aufgezehrt. Allein der Forschungs- und Entwicklungsetat (F+E) im US-Verteidigungshaushalt macht etwa 70 - 80 Prozent aller weltweiten F+E-Mittel aus und übersteigt damit u. a. auch den gesamten Verteidigungshaushalt der Bundesrepublik und den gesamten F+E-Haushalt aller anderen NATO-Staaten zusammen.

Diese Neuausrichtung der amerikanischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird auch unabhängig vom Irak-Konflikt und dem gegenwärtigen Zerwürfnis der Beziehungen Washingtons ...

EU-Asia: Trade in Goods (1996-2000)

Year	Imports UE	Yearly change (%)	EU exports	Yearly change (%)	Balance
1996	132.433	5,1	105.872	9,4	– 26.560
1997	156.910	18,5	112.743	6,5	– 44.167
1998	176.094	12,2	88.457	– 21,5	– 87.637
1999	194.518	10,5	97.112	9,8	– 97.406
2000	252.262	29,7	127.014	30,8	– 125.248

Quelle: An introduction to the Asia-Europe meeting (ASEM) in Copenhagen, 22-24 September 2002. European Commission. Luxembourg. 2002, hier S. 9.

... vor allem mit Berlin und Paris erhebliche Konsequenzen für das zukünftige transatlantische Verhältnis und die NATO haben. Dabei sind zukünftig auch Konflikte und zunehmende Differenzen zwischen den USA auf der einen und der EU auf der anderen Seite über Probleme in Asien nicht ausgeschlossen.

Dies hat zwei Gründe: Zum einen sind die Europäer heute stärker an Asien interessiert als früher und sehen Asien auch als ein wichtiges Betätigungsfeld für die GASP. Zum zweiten sind es die USA, aber in zunehmendem Maße auch Japan und andere Staaten Ostasiens, welche die Europäer als Partner bei der Bewältigung politischer, ökonomischer, gesellschaftlicher und politischer Probleme der Region ins Spiel bringen.

Für die USA sind die Europäer wiederum Wunschartner, um größere Legitimität und eine weltweite Lastenteilung („burden-sharing“) zu erhalten. Das bedeutet konkret, dass auch die Bereitschaft der Europäer zu einer fairen Kooperation mit den USA in Asien-Pazifik ganz erheblich als Maßstab in den USA für die generelle Partnerfähigkeit der Europäer und für die Zweckhaftigkeit der NATO angesehen wird.

Natürlich lässt sich die Thematik nicht auf das Problem des „burden-sharing“ reduzieren. Vielmehr stellt sich die Frage, ob sich nicht gerade bei einem stärkeren Engagement der Europäer in Asien Konflikte zwischen der EU und den USA einstellen werden. So werfen die USA den Europäern zumeist vor, dass die EU alle schwierigen sicherheits- und ordnungspolitischen Fragen in Asien allein den USA überlasse, während die EU nur am Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen interessiert sei (Europa als Trittbrettfahrer der USA).

Andererseits zeigen z. B. die Entwicklungen in der Politik gegenüber Korea während der letzten Jahre, dass bei einer tatsächlich aktiven diplomatischen Rolle der EU in Asien durchaus gewichtige Unterschiede zu den USA auftauchen können und eine unabhängige EU-Asien-Politik nicht immer von Washington begrüßt wird. So entschied der EU-Gipfel von Stockholm vom März 2001, eine eigene Mission zur Unterstützung des



... und Risiken in der asiatisch-pazifischen Region nach sich gezogen

südkoreanischen Präsidenten Kim Dae-jung zu entsenden, nachdem US-Präsident Bush die bisherige Politik seines Landes in Frage gestellt hatte. Von daher überrascht es auch nicht, dass amerikanische Unilateralisten ein verstärktes außen- und sicherheitspolitisches Engagement der EU, wie im „Asienkonzept“ der EU vom September 2001 dargelegt, mit Misstrauen verfolgen und ablehnen.

Mit dem Amtsantritt der neuen amerikanischen Bush-Administration und ihrer bisher bekannt gewordenen außen- sowie sicherheitspolitischen Vorstellungen einer neuen oder zumindest stärkeren Prioritätensetzung auf die Region Ostasiens und namentlich gegenüber China können

ten die bisher divergierenden Ansätze und außenpolitischen Strategien sich zukünftig noch stärker auseinander entwickeln. Gleichzeitig klaffen auf europäischer Seite bisher Anspruch und Wirklichkeit einer umfassenderen Asien-Politik noch immer weit auseinander, da die wirtschaftlichen Interessen die politischen Beziehungen noch immer weitgehend determinieren und ein größeres Gleichgewicht in der konkreten Ausgestaltung und Implementierung (auch als Folge der generellen Probleme der GASP) noch nicht gefunden worden ist.

Die zukünftige Entwicklung und die möglichen Differenzen zwischen USA und Europa könnten sich neben handels- ...

ASEM-Foreign Direct Investment (1996-2000)

Year	EU inflow	Average yearly change (%)	EU outflow	Average yearly change (%)	Balance
1996	1.004		8.468		7.464
1997	4.428		7.399		2.971
1998	1.623		- 1.969 ¹		- 3.592
1999	- 1.295 ¹		20.848		19.553
2000	4.260	43,5	27.014	33,6	22.754

¹ Negative flows denote disinvestments.

Quelle: An introduction to the Asia-Europe meeting (ASEM) in Copenhagen, 22-24 September 2002. European Commission. Luxembourg. 2002, hier S. 9.

... politischen Fragen primär entlang folgen- der Konfliktlinien bewegen:

- der Taiwan-Konflikt;
- die ungelösten Territorialkonflikte im Südchinesischen Meer;
- die konkrete Politik auf der koreani- schen Halbinsel, zumal die Europäi- sche Kommission Mitglied in der Korean Energy and Development Organization (KEDO) ist;
- die Rolle der multilateralen Organisa- tionen in Ostasien wie ARF, CSCAP, KEDO, APEC etc. und die Frage nach der Kompatibilität bzw. der Konkurrenz unterschiedlicher ord- nungspolitischer Ansätze der USA, Asiens und Europas;
- die Politik Chinas bezüglich der Wei- terverbreitung von Massenvernich- tungswaffen und Trägersystemen;
- der Streit mit den USA um den Auf- bau eines regionalen (TMD) und nationalen Raketenabwehrschirms (NMD) in Kooperation mit Japan und Taiwan.

In all diesen Fragen wäre eine zuneh- mend enge und fruchtbare Kooperation zwischen Europa und den USA für die regionale und globale Stabilität in der asia- tisch-pazifischen Region wünschenswert und notwendig. Es ist aber auch nicht aus- geschlossen, dass es zu grundsätzlichen Meinungsunterschieden bzw. zu gegensei- tigen Vorwürfen („Unilateralismus“ vs. „Trittbrettfahrermentalität“) kommt, die

sich zu dauerhaften Belastungen des trans- atlantischen Verhältnisses auswachsen können.

Perspektiven

Die Konsolidierung der amerikani- schen Führungsposition vollzog sich in den 90er Jahren in Asien noch rascher als in Europa. Gleichzeitig erschien durch den Wegfall der Bipolarität die Akzeptanz der USA als Gravitationszentrum der westlichen Welt vor allem im pazifischen Asien zunächst nicht mehr so zwingend, während gleichzeitig durch den wirt- schaftlichen Aufstieg die asiatischen Län- der zunehmend selbst ihr zukünftiges Schicksal bestimmen wollen. Doch durch das zugleich zunehmende Ungleichge- wicht des wirtschaftlichen Aufstiegs Chinas, verbunden mit einer militäri- schen Aufrüstung Pekings, wurden die USA in der zweiten Hälfte der 90er Jahre wieder zu dem eigentlichen Garanten des politischen und militärischen Gleichge- wichts in einem von historisch-tradiertem Misstrauen geprägten regionalen Umfeld in Asien-Pazifik.

Während sich inzwischen die ameri- kanisch-chinesischen Beziehungen seit dem 11. September 2001 signifikant ver- bessert haben, sind die eigentlichen Kon- fliktfelder – wie die ungelöste Taiwan- Frage, die chinesische Proliferation sensi- tiver Technologien und Materialien oder Menschenrechtsfragen – noch weitgehend ungelöst, auch wenn gegenwärtig ein größerer Pragmatismus auf beiden Seiten erkennbar ist. Insoweit bleibt nicht zuletzt aufgrund der innenpolitischen Entwick- lungen vor allem in China abzuwarten, ob diese gegenwärtig guten Beziehungen zwi-

schen beiden Seiten auch auf längere Sicht tragfähig und von Dauer sind.

Während die Bush-Administration den Stellenwert des militärischen Faktors in der Außen- und Sicherheitspolitik überbewertet, wird dieser von Europa und insbesondere Deutschland für eine regio- nale und globale Ordnungspolitik unter- bewertet. Auch wenn die USA für die har- ten Machtfragen und damit auch für die UNO ein unentbehrlicher Weltpolizist bleiben und in der Tat primär die zukünf- tigen „Aufgaben die Koalitionen“ deter- minieren und nicht umgekehrt, so wird auch die Bush-Regierung mittelfristig die zunehmende Bedeutung von „Soft Po- wer“-Faktoren (wie der Anziehungskraft der Kultur, Ideale und Politik eines Lan- des) nicht negieren können oder an der Erkenntnis vorbeikommen, dass größere Rücksicht auf institutionalisierte multila- terale Kooperationen langfristig mehr den amerikanischen Interessen entspricht als kurzfristiger Unilateralismus und Ad-hoc- „Koalitionen der Willigen“.

Umgekehrt wird auch Europa den strategischen Herausforderungen, die sich aus dem Aufstieg Asiens und Chinas als bedeutende wirtschaftliche und politische Akteure ebenso ergeben wie aus den sicherheitspolitischen Bedrohungen eines internationalen Terrorismus mit Massen- vernichtungswaffen und der Proliferation von ABC-Waffen, mit einem grundlegen- den Bewusstseinswandel, veränderten Bedrohungsszenarien und neuen globalen außenpolitischen Strategien begegnen müssen. Wenn Europas Vergangenheit nicht Asiens Zukunft sein soll, dann las- sen sich diese Strategien zur Bewältigung der neuen sicherheitspolitischen Heraus- forderungen nicht allein auf ökonomische Hilfsprogramme und die Verfolgung wirt- schaftlicher Interessen reduzieren.

Vielmehr müssen sie auch das gesamte Spektrum außen- und sicherheitspoli- tischer Instrumente umfassen, bei dem auch das militärische Element einen ebenso bedeutenden Einflussfaktor bildet wie neue diplomatische Instrumente zu einer effektiveren Krisenprävention.

Die Analyse ist im Rahmen eines For- schungsprojektes der Fritz-Thyssen Stif- tung am Forschungsinstitut der DGAP erschienen.

US-Trade Balance with EU and Asia-Pacific (January-June 2002 in Millions of Dollars)

	Trade Balance (Customs imports)	Exports (Domestic & Foreign, f.a.s. Basis)	Imports C.i.f.Basis
	January-June 2002	January-June 2002	January-June 2002
European Union (EU)	- 35,349.1	72,847.5	111,054.2
Pacific Rim Countries	- 94,658.4	87,293.2	189,696.7
European Union – Austria, Belgium, Denmark, Finland, France, Germany, Greece, Ireland, Italy, Luxembourg, Netherlands, Portugal, Spain, Sweden, United Kingdom.			
Pacific Rim Countries – Australia, Brunei, China, Hong Kong, Indonesia, Japan, Korea, Macao, Malaysia, New Zealand, Papua New Guinea, Philippines, Singapore, Taiwan.			
Quelle: Exports, Imports and Trade Balance by Country and Area, not seasonally adjusted: 2002. Following: www.census.gov/foreign-trade/Press-Release/current_press_release/exh6s.pdf .			